



Öffentliche Beschäftigung entschlossen angehen

Ina Leukefeld: „BuFDis“ können und dürfen reguläre Arbeit nicht ersetzen

Höhere Arbeitslosenzahlen im Januar seien nicht ungewöhnlich, weil saisonal bedingt. „Dies darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass trotz des saisonalen Anstiegs die Langzeitarbeitslosigkeit bei fast einem Drittel verharrt“, hatte die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, Ina Leukefeld, erklärt und ein entschlosseneres Handeln für öffentliche Beschäftigung gefordert.

Nach Angaben der Agentur für Arbeit waren im Januar ca. 104 000 Menschen in Thüringen arbeitslos gemeldet. Das sind mehr als 13 600 mehr als im Dezember, aber etwa 6000 weniger als vor einem Jahr. Die Arbeitslosenquote kletterte auf 8,9 Prozent. Bundesweit stieg die Zahl der Arbeitslosen auf 3,1 Millionen Menschen und die Arbeitslosenquote auf 7,3 Prozent.

Die LINKE Arbeitsmarktpolitikerin forderte die Landesregierung auf, „endlich entschlossen zu handeln und insbesondere langzeitarbeitslosen Menschen die Möglichkeit zu eröffnen, mittels öffentlicher Beschäftigung ihre gesellschaftliche Teilhabe zu sichern“.

Die Notwendigkeit für öffentliche Beschäftigung lasse sich auch exemplarisch an der hohen Zahl der BuFDis, der Bundesfreiwilligendienst-Leistenden, belegen, sagte Ina Leukefeld. Am Bundesfreiwilligendienst nehmen allein in Thüringen mehr als 2.300 Menschen jeden Alters teil und erhalten da-

für ausschließlich ein Taschengeld von maximal 330 Euro. Während es im Westen vor allem die Jüngeren sind, machen im Osten die Älteren jeweils gut drei Viertel der Freiwilligen aus. In Thüringen erreicht die ältere Mehrheit sogar 86 Prozent. Nur die wenigsten sind Rentner, die meisten sind im arbeitsfähigen Alter.

„Viele der Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Bundesfreiwilligendienstes in Thüringen flüchten sich aus der Langzeitarbeitslosigkeit in eine dieser wenigen verbliebenen Maßnahmen. Hier leisten sie unersetzliche gesellschaftliche Arbeit, ohne jedoch eine angemessene Entlohnung zu erhalten“, so die Kritik der Landtagsabgeordneten.

„Es kann nicht sein, dass das Ehrenamt die soziale Infrastruktur sichert“

Ina Leukefeld verwies in diesem Zusammenhang auch auf Thüringer Landräte und Bürgermeister, die moniert haben, dass es derzeit einen Aufnahmestopp für BuFDis gebe, weil die Mittel ausgereizt seien. Die Abgeordnete bekräftigte die Auffassung der LINKEN, dass es nicht sein könne, dass das Ehrenamt jetzt erhalten muss, um die soziale Infrastruktur im Freistaat zu sichern. „Auch dies belegt, dass wir mehr öffentliche Beschäftigung brauchen, die existenzsichernd entlohnt werden muss“, konstatierte die Arbeitsmarktpolitikerin.

DIE LINKE hat hierzu mit dem Öffentlichen Beschäftigungssektor ein schlüssiges Konzept in die Debatte eingebracht. Im Februar-Plenum des Thüringer Landtags wird ein entsprechender Antrag zur Situation langzeitarbeitsloser Menschen in Thüringen diskutiert werden.

„Ich erwarte von der Landesregierung, dass sie sich ihrer Verantwortung stellt und in der Debatte zu unserem Antrag sich nicht nur auf Plattitüden beschränkt. Dies wäre ein Schlag ins Gesicht der erwerbslosen Menschen. Wir brauchen schlüssige Konzepte und eine öffentliche Debatte darüber, wie wir die gesellschaftliche Teilhabe aller Menschen in Thüringen sichern“, erklärte Ina Leukefeld.

Die Agentur für Arbeit hatte als Gründe für den Anstieg der Arbeitslosenzahlen auf die übliche Flaute zu Jahresanfang verwiesen. Auch das Auslaufen befristeter Verträge komme hinzu. Dabei hätten besonders wetterabhängige Unternehmen, wie Baubetriebe saisonbedingt Beschäftigung gestrichen. Die Zahlen belegen auch, dass der Thüringer Arbeitsmarkt gespalten bleibt, denn die Zahl jüngerer Arbeitsloser sei im vergangenen Jahr deutlich gesunken, die der über 55-Jährigen nahm zu. Die Schlusslichter auf dem Arbeitsmarkt bilden der Kyffhäuserkreis (13,1 Prozent) und das Altenburger Land (12,5), während die Quoten am niedrigsten liegen in den Kreisen Sonneberg (5,2) und Hildburghausen (6,3 Prozent). ■

KOMMENTIERT:

von Bodo Ramelow

Meine CDU

Wahlkampf ist irgendwie auch immer die Zeit, in der man aus dem Zusammenhang gerissene Zitate vorgehalten bekommt. Das ist nicht schlimm – wir haben da auch noch ein paar Aussagen unserer politischen Mitbewerber in der Schublade. Jetzt bin aber ich erst mal dran, zu erklären, warum wir angeblich eine Koalition mit der CDU anstreben, wie es am 30. Januar einige Zeitungen berichteten.

Die kurze Variante: Es ist eine Ente. Wer den kompletten Text in der ZEIT liest, wird sehen, dass wir keinerlei Interesse daran haben, die Union an der Macht zu halten. Den schwarzen Filz in Thüringen kann man nicht ein bisschen auflösen, sondern nur ganz oder gar nicht.

Was aber stimmt: Es ist mittlerweile zur Normalität geworden, dass wir im Parlament in Sachfragen auch mal zusammen mit der CDU abstimmen, ja sogar zusammen Anträge stellen. Frau Lieberknecht und Herr Voigt können also nicht so tun, als wäre es der Untergang des Abendlandes, wenn ab Herbst DIE LINKE in Thüringen regiert. Dafür haben wir zu gut zusammengearbeitet.

Schon der erste Beschluss in dieser Legislatur war ein gemeinsamer: Gegen rechts und für Demokratie! Aber auch der Antrag zum Rechnungshof war von CDU, SPD und uns, genauso bei der Unterstützung für Opel Eisenach und Bosch Solar in Arnstadt. Letzte Woche erst hatten wir einen Antrag zu Europa, der von uns eingebracht und dann von der Union unterstützt wurde, dann traten alle anderen auch noch bei. Also um was geht es? Um normale parlamentarische Demokratie – nicht mehr und nicht weniger.

Es gibt aber auch eine lange Liste von Forderungen, die uns von der Union unterscheiden. Das betrifft zum Beispiel: Längeres gemeinsames Lernen, mehr Steuergerechtigkeit, Abschaffung der Geheimdienste, Notwendigkeit von Zuwanderung & Willkommenskultur, mehr direkte Demokratie, zweistufige Verwaltung, modernes Dienstrecht für alle Arbeitnehmer, Energiewende, Kulturförderung und vieles vieles mehr. Wenn es den Menschen hilft, kann man sicher mal zusammen abstimmen. Für eine Regierungszusammenarbeit ist die CDU aber definitiv keine Option.

Siehe auch Internet-Tagebuch vom 30.1.14: www.bodo-ramelow.de/nc/tagebuch ■

AKTUELL

Wesentliche Probleme ausgesessen

Thüringens Umweltminister Jürgen Reinholz sitzt wesentliche Probleme aus. So ist es durch verspätete Verhandlungen mit der Bundesregierung zur Weiterführung der Altlastensanierung mit „gewaltigen finanziellen Risiken gekommen, die allein im Bereich des Kalibergbaus mit mehr als einer Milliarde Euro zu Buche schlagen können“, kritisierte der LINKE Umweltpolitiker Tilo Kummer.

Schlichte Arbeitsverweigerung habe es bei der Gesetzgebung gegeben. So seien bis 2010 umzusetzende Bundesregelungen immer noch nicht in das Thüringer Wassergesetz aufgenommen worden. „Der Gipfel war, als das Ministerium im Umweltausschuss zur Vorlage eines Gesetzesentwurfs den Abgeordneten empfahl, doch selbst etwas zu schreiben,

wenn es ihnen zu lange dauern würde!“ Auch auf eine Neufassung des Naturschutzgesetzes wartete man vergeblich. Ein „Sicherheitsrisiko“ sei die fortwährende Verschiebung der dringenden Sanierung großer Talsperren.

„In der gesamten Amtszeit des Ministers hat nur die Unterfinanzierung der Fernwasserversorgung zugenommen, saniert wurde herzlich wenig!“, so Tilo Kummer, der auch an den Kahlschlag in der streng geschützten Kernzone des Biosphärenreservats Rhön erinnerte. „Dass dieser eklatante Verstoß gegen die Biosphärenreservatsverordnung bis heute keine größeren Konsequenzen nach sich zog, ist genauso skandalös wie die Ankündigung der Landesregierung, alle nationalen Naturlandschaften ohne die dazugehörigen Finanzmittel an Thüringenforst zu

übertragen!“. Dieses Vorgehen passe jedoch zu der Auffassung des Umweltministeriums, dass die Jagd auf afrikanische Elefanten eine akzeptable Form der Freizeitgestaltung von Spitzenbeamten ist. In der Bilanzpressekonferenz habe Reinholz gelobt, dass durch die Gründung von ThüringenForst alle Stellen in den Forstämtern voll besetzt werden können. „Der Minister hat aber unterschlagen, dass vier Forstämter komplett abgeschafft wurden und der Personalbestand insgesamt sinkt“, monierte Tilo Kummer, der denjenigen Mitarbeitern des Ministeriums dankte, die trotz ständiger Kürzungen und Strukturdiskussionen versuchten, die umfangreichen und oft existenziell wichtigen Aufgaben vom Hochwasserschutz bis zur Landwirtschaftsförderung in guter Qualität zu bewältigen. ■

KURZ UND PRÄGNANT

Ermittlungsdichte der Staatsanwaltschaft

Nachdem das Ermittlungsverfahren gegen Christine Lieberknecht eingestellt wurde, „bleibt es jedoch dabei, dass die Thüringer Landesregierung immer noch die höchste staatsanwaltschaftliche Ermittlungsdichte in ganz Deutschland hat“, sagte der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag Bodo Ramelow. Dass die Staatsanwaltschaft die Ermittlungen eingestellt hat, „macht die Affäre Zimmermann nicht vergessen, denn dass das Verfahren eröffnet wurde, lag ja an den höchst widersprüchlichen öffentlichen Angaben der Ministerpräsidentin selber“.

Zum peinlichen Bild dieser Regierung gehöre, dass „sich die Minister öffentlich in der Landtagsitzung streiten, dass die Hochschulfinanzierung auf Eis liegt, weil es keinerlei Annäherung zwischen dem Finanz- und dem Wissenschaftsminister gibt, und jetzt sorgt das Thüringer Umweltministerium bundesweit für Negativschlagzeilen. Von der amtierenden Ministerpräsidentin kommt zu all dem: Nichts!“ Von den explizit zur Chefsache erklärten Problemen, wie Schloss Reinhardsbrunn oder den Fußballstadien sei nichts mehr zu hören. Großes Schweigen herrsche auch bei der für Thüringen so wichtigen Energiewende. „Diesen Gesamteindruck der Thüringer Landespolitik, die von Staatsanwälten begleitet wird, hat Frau Lieberknecht zu vertreten“, unterstrich der LINKE Fraktionschef.

Rechnungshofbericht bestätigt Forderung

Mit dem vom Landesrechnungshof vorgelegten Prüfbericht zu den Kommunal финанzen sieht sich die Linksfraktion im Thüringer Landtag bestätigt: „Die Leistungsfähigkeit der Kommunen kann nur durch eine Funktional- und Verwaltungsreform gesichert und erhöht werden“, sagte MdL Frank Kuschel. Der Bericht belege, dass Einsparereffekte auf Grundlage der jetzigen Strukturen nur in einem sehr geringen Maße zu erzielen seien. Es bedürfe deshalb eines unverzüglichen Einstiegs in eine umfassende Strukturreform im Freistaat. „Das jetzt im Landtag zur Debatte stehende kommunale Hilfspaket sollte in diesem Zusammenhang als Chance genutzt werden“, betonte der LINKE-Abgeordnete. Die im Rahmen des Hilfspakets zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel seien deshalb unter Berücksichtigung der tatsächlichen Finanzsituation der Kommunen auszureichen. Ihre Handlungsfähigkeit müsse gesichert und zudem Perspektiven eröffnet werden. ■

Weitere Nachforschung ist unerlässlich

Katharina König: Besuch des Berliner LKA bei ehemaliger V-Person in Thüringen bestätigt

Der Verdacht, dass das Landeskriminalamt Berlin eine weitere V-Person in der Neonazi-Szene führte, die sich im Umfeld des NSU bewegte, hatte sich in der Sitzung des Innenausschusses des Berliner Abgeordnetenhauses am 27. Januar bestätigt. Ebenso bestätigt wurde, dass Beamte des Berliner LKA die V-Person (VP) in Thüringen aufgesucht haben.

Katharina König, Sprecherin für Antifaschismus der Linksfraktion im Thüringer Landtag und Mitglied des NSU-Untersuchungsausschusses, kritisierte die schleppende Aufarbeitung: „Die Berliner Behörden mauern zu dem Vorgang und versuchten mit dem Verweis auf Quellenschutz, die Aufklärung zu behindern, dabei geht es hier weniger um den bereits bekannten Namen der V-Person als um die ernsthafte Frage, ob Ermittlungsbehörden versucht haben, einen möglichen Zeugen vor einer Befragung im Untersuchungsausschuss zu beeinflussen.“

Der Stein kam ins Rollen, nachdem Katharina König mit einer Pressemitteilung am 24. Januar auf den Verdacht aufmerksam gemacht hatte. Nach den in Thüringen vorliegenden Informationen könnte es sich bei dem vermeintlichen Szeneaussteiger Nick Greger um einen zweiten V-Mann (bzw. VP) des Berliner Landeskriminalamtes gehandelt haben. Bereits 2012 war bekannt geworden, dass der Ex-Freund von

Beate Zschäpe, der Chemnitzer Neonazi Thomas S., als V-Mann für das Berliner Landeskriminalamt gearbeitet hatte.

Greger hatte u.a. erst im Dezember 2013 in einem Videointerview berichtet, dass er um den 31. Oktober 2013 Besuch von zwei Beamten des Berliner LKAs in Pöbneck bekommen hatte. Diese hätten ihn bedroht, nicht vor einem Untersuchungsausschuss zum Brandenburger Verfassungsschutz-Spitzel „Piatto“ auszusagen und zugesichert, dass man die Altakten zu Greger bzw. dem V-Mann „Piatto“ „so gut es ging“ geschwärzt hätte. Auf Antrag der Berliner Linksfraktion im Abgeordnetenhaus wurde heute das Thema zumindest kurz im Innenausschuss behan-

delt. Der Besuch von Beamten des Berliner LKA bei einer ehemaligen Vertrauensperson wurde bestätigt, weitere Details müssten noch geprüft werden, so die Ergebnisse der Sitzung. Innenminister Henkel hatte im Innenausschuss die Opposition als „widerlich und erbärmlich“ dargestellt, da sie solche Nachfragen auf dem Rücken der NSU-Opfer stelle.

„Auch wenn die Berliner Behördenvertreter nur sehr wenig Substantielles von sich gaben, allein das, was geäu-

bert wurde, ist schon sehr bezeichnend“, so Katharina König, die den Verdacht ihrer Fraktion bestätigt sah. Die Landtagsabgeordnete forderte die Thüringer Behörden zum Handeln auf. Sie müssten nun aktiv werden, um u.a. der Frage nachzugehen, ob im Thüringer Zuständigkeitsbereich durch eine fremde Polizeibehörde auf einen ehemaligen Spitzel eingewirkt wurde, der möglicherweise Angaben zum NSU-Komplex bzw. dem im Umfeld eingesetzten V-Mann „Piatto“ hätte machen

können.

„Piatto“ soll damals von der Bewaffnung des Trios gewusst haben. Die Unterstellungen von Senator Henkel wertete die Abgeordnete als „unverschämte“, er diskreditiere - aus Angst um einen erneuten V-Mann-

Skandal in Berlin - das berechnete Interesse an parlamentarischer Aufarbeitung.

Katharina König zeigte sich irritiert über den fehlenden Aufklärungswillen der Berliner Innen- bzw. Polizeibehörde und hält weitere Nachforschungen angesichts der Umstände des ominösen Berliner Polizeibesuchs in Thüringen für unerlässlich. Besonders der Zeitpunkt der angeblichen Quellen-Kontaktierung sei erstaunlich.

„Sollte es zutreffen, dass die Berliner LKA-Beamten um den 31. Oktober 2013 in Thüringen waren und dort ihren ehemaligen Informanten aufforderten, auf bestimmte Aussagen vor einem NSU-Untersuchungsausschuss zu verzichten, so können damit nur der Thüringer oder der sächsische NSU-Untersuchungsausschuss gemeint gewesen sein, da die Ausschüsse im Bund und in Bayern zu diesem Zeitpunkt ihre Arbeit bereits beendet hatten“, so die Landtagsabgeordnete.

Es wäre „ein Skandal für sich, wenn sich ein weiteres Mal herausstellt, dass eine Sicherheitsbehörde erneut einen äußerst militanten Neonazi als bezahlten Spitzel führte“. Aber sollte sich der Vorwurf der aktiven Zeugenmanipulation als zutreffend erweisen, „dann müssen entsprechende Konsequenzen folgen“, verlangte Katharina König.

Fraglich sei nun auch, in wie vielen anderen Fällen es ebenso zu solchen Polizeibesuchen des Berliner LKA bei ehemaligen Spitzeln mit NSU-Bezug gekommen ist. Der Vorfall werfe auch ein neues Licht auf die bereits enttarnte Quelle 562, alias „Thomas Starke“, welcher das Jenaer Trio mit Sprengstoff belieferte und bei der Flucht half. „Hat auch Starke einen LKA-Besuch aus Berlin bekommen, bei dem möglicherweise bestimmte Aussagen abgestimmt werden sollten?“, fragt die LINKE-Politikerin. ■



Privatsphäre so bedroht wie nie

Anlässlich des „International Day of Privacy“ am 1. Februar erklärte Katharina König, Sprecherin für Netzpolitik der Linksfraktion: „Die Privatsphäre ist aktuell so bedroht wie nie zuvor. Edward Snowden hat uns die Augen geöffnet über die Ausmaße der totalen Überwachung und verdient es daher, für den Friedensnobelpreis nominiert worden zu sein. Auch in Deutschland bestehen Gefahren für Freiheit und Rechtsstaatlichkeit.“

Erst jüngst habe sich Innenminister Thomas de Maizière zur Vorratsdatenspeicherung bekannt und die SPD sei kompromissbereit. „Die Vorratsdatenspeicherung dringt in die privatesten Bereiche der Lebensführung ein: Mit wem und wo habe ich die Nacht verbracht, wie oft war ich beim Psychiater und habe ich Kirche, Synagoge oder Moschee besucht - alles lässt sich noch nach Monaten genauestens feststellen.“ Die Praxis der Funkzellenabfrage zeige schon heute, „wie zehntausende Menschen zu Verdächtigen gemacht werden, nur weil sie zu einer bestimmten Zeit an einem bestimmten Ort waren. Benutzt jemand Telefon, Handy und Internet, hinterlässt er in

der Regel auch anderweitig Spuren, die ohne die unverhältnismäßige Dauerüberwachung aller aufzufinden sind“, kritisierte Katharina König. Es sei „nicht sinnvoll, einen Überwachungsstaat einzurichten, nur um die Arbeit der Polizei zu vereinfachen“. Ein vermeintliches Mehr an Sicherheit, welches in der Konsequenz bedeute, dass jegliches Kommunikationsverhalten von Menschen protokolliert würde, sei nicht hinnehmbar.

Die Entwicklungen um die Redtube-Abmahnungen haben gezeigt, dass auch der Richtervorbehalt keinen wirklichen Schutz biete. „Die Herausgabe von persönlichen Daten erfolgte zwar nach Prüfung durch Gerichte. Sie haben jedoch im Nachhinein festgestellt, dass die Entscheidung auf falschen Annahmen basierte. Die Gerichte prüfen schon bei privatrechtlichen Entscheidungen nicht so, wie es nötig wäre. Anträge von Strafverfolgungsbehörden würden wahrscheinlich noch einfacher durchgewunken, so die Praxis in den USA. „Wer die Privatheit bestimmter Bereiche ganz aufhebt, vernichtet die Möglichkeit zur Freiheit“, unterstrich die Netzpolitikerin. ■

Qualitätskriterien für die Krankenhäuser

Jörg Kubitzki in der Plenardebatte zum neuen Thüringer Krankenhausgesetz

Nach einer umfangreichen Anhörung wurde das Thüringer Krankenhausgesetz am 23. Januar im Landtag verabschiedet. In der Debatte ergriff für die LINKE deren gesundheitspolitischer Sprecher, Jörg Kubitzki (im Foto bei einem Interview dazu im Landtag), das Wort. Im Folgenden Auszüge aus dem Plenarprotokoll seiner Rede:

Der Gesetzentwurf der Landesregierung mit den Änderungsanträgen, die auch im Ausschuss beschlossen wurden, stellt eine deutliche Verbesserung dar gegenüber dem bisherigen Krankenhausgesetz. Das müssen auch wir als Oppositionspartei sagen.

Als Erstes, aus unserer Sicht, sind die Patientenrechte gestärkt worden, unter anderem auch durch den Einsatz des Patientenführersprechers. Die besonderen Anforderungen an Krankenhäuser bei der Behandlung behinderter Menschen sind im Gesetz verankert.

Was besonders wichtig ist: Die Notfallaufnahme ist gesetzlich verankert worden. Es kann nicht mehr vorkommen, dass ein Patient in einer Notsituation von einem Krankenhaus abgewiesen wird. Die Krankenhäuser sind verpflichtet zu einer Erstversorgung.

Die Krankenhäuser werden einbezogen in den Katastrophenschutz und in den Pandemiefall einschließlich Reha-Einrichtung. Und ich finde es auch richtig, dass im Gesetz verankert wurde, dass die Krankenhäuser Kooperationsvereinbarungen mit anderen Häusern oder auch ambulanten Einrichtungen anzeigen müssen und dass sie diese Kooperation, wenn nämlich dann eine flächendeckende Versorgungsstruktur gefährdet wird, dass da angesprochen werden kann und die Genehmigung verwehrt werden kann.

Damit kann einer Konzentration entgegengewirkt werden. Wir können in Thüringen nur eine funktionierende Krankenhauslandschaft für die Zukunft

gewährleisten, wenn wir es gemeinsam mit den Krankenhäusern und den Trägern schaffen, dass sich unsere Krankenhäuser spezialisieren. Wir brauchen eine effektive Struktur unserer Krankenhäuser. Wir brauchen hoch spezialisierte Krankenhäuser.

Mit dieser Struktur, die wir vorschlagen - ich sage mal, ein Krankenhaus im Zentrum, hoch spezialisiert, und die etwas kleineren Häuser mit zwei, maximal drei Spezialabteilungen, wo sie topp sind -, kann es uns auch gelingen,



dass jedes Krankenhaus, welches wir gegenwärtig in Thüringen haben, erhalten bleiben kann. Die müssen nur greifen: Ich muss eventuell auch etwas abgeben und den anderen etwas geben. Das ist das Hauptproblem, was sehr schwer ist, umzusetzen.

In Sachsen-Anhalt, das hat die Anhörung deutlich gemacht, ist man diesen Weg gegangen. Er war langwierig, über fünf Jahre hat er gedauert. Ich glaube, das ist der einzige Weg, mit dem wir es mit Vernunft schaffen können, eine nachhaltige Krankenhausstruktur zu bekommen. Wichtig und erforderlich ist es, dass wir dazu jetzt schon ganz konkrete Schritte tun, der erste Schritt sollten Qualitätskriterien für Krankenhäuser sein, die Festlegung von Qualitätskriterien. Hier muss ich der Landesregierung den Vorwurf machen, bei

aller Schwere der Diskussion, das ist mir alles klar, ist dieser Gesetzentwurf wirklich nur ein Kompromiss und - ich muss sagen - halbherzig.

Die Richtlinien sollten verbindlich schon im Gesetz festgelegt werden. Bei diesen Qualitätskriterien muss es nicht nur um jetzt schon bestehende Kriterien von Fachverbänden gehen, wir brauchen nicht nur die Festlegung, wie viele Fachärzte muss ein Krankenhaus haben, sondern wir wollen zum Beispiel auch eine Festlegung von per-

sonellen Mindestausstattungen der Abteilungen mit Pflegefachkräften. Auch das gehört zu einer Krankenhausbehandlung dazu.

Wir wollen die Führung eines Qualitätsmanagements, wir wollen auch, dass Krankenhäuser ähnlich wie Reha-Einrichtungen extern kontrolliert werden in ihrer Qualität. Zurzeit kontrollieren die sich selbst oder gegensei-

gig. Wir wollen eine externe Qualitätskontrolle. Deshalb haben wir unseren Entschließungsantrag dazu gestellt.

Die Landesregierung - egal, welche Landesregierung das dann ist - kommt nicht umhin, bei diesen Qualitätskriterien festzulegen, wie groß in Zukunft Fachabteilungen in Krankenhäusern sein müssen. Aus diesem Diskussionsprozess kann sich keiner in der nächsten Zeit herausmogeln.

Wir sollten uns immer darüber klar sein: Krankenhausbehandlung hat etwas mit Menschen zu tun, hat mit Behandlung von Patienten zu tun. Nichts darf uns zu schade sein, damit diese Menschen in einer hohen Qualität ordnungsgemäß behandelt werden und gesund aus Krankenhäusern herauskommen. ■

VON A BIS Z:

Landesmediengesetz

Mit Blick auf die nun angekündigte Novelle des Thüringer Landesmediengesetzes sagte MdL André Blechschmidt: „Nach all dem Durcheinander in der Staatskanzlei hatten wir die Hoffnung schon fast aufgegeben, in dieser Legislatur noch eine Novelle des Landesmediengesetzes im Parlament beraten zu können. Nun hat die Landesregierung sich also doch bewegt. Dennoch erreicht der Gesetzentwurf nur eine Anpassung an den Status quo. Zukunftsweisende Mediengesetzgebung sieht anders aus.“

Die Landesregierung hätte hier Mut beweisen können, indem sie den Grundsatz der Netzneutralität in das Gesetz aufnimmt“, so der LINKE-Abgeordnete. Der Grundsatz, dass alle Daten gleichberechtigt, also ohne Bevorteilung großer Anbieter, durch das Netz fließen müssen, werde in Zukunft immer mehr an Bedeutung gewinnen. Hier hätte Thüringen zum bundesweiten Vorreiter werden können.

Auf den ersten Blick positiv zu bewerten, seien die Neuordnungen im Bereich der Bürgermedien, „wo die Zugangsmöglichkeiten erweitert und zugleich etwas für die Medienkompetenzförderung getan werden soll. Die Landesmedienanstalt kann damit ihre professionelle Arbeit in diesem Bereich weiterentwickeln. Zudem ist die Frage der Vielfaltssicherung im lokalen Bereich angesichts des Wandels der Medienlandschaft eine große Herausforderung. Gut, dass die Landesregierung hier doch noch Handlungsbereitschaft erkennen lässt“, so der Abgeordnete. ■

WICHTIGE TERMINE

Landtagssitzungen:

Die nächsten Plenarsitzungen des Thüringer Landtags finden vom 26. bis 28. Februar sowie vom 19. bis 21. März statt.

Thüringenausstellung:

Zur diesjährigen größten Thüringer Verbraucherausstellung auf der Erfurter Messe, die in der Zeit vom 8. März bis 16. März stattfinden wird, ist im Rahmen der Landtagspräsentation die Fraktion DIE LINKE mit einem Informationsstand und ihren Abgeordneten und MitarbeiterInnen vertreten.

Weitere aktuelle Informationen zur Arbeit der Linksfraktion im Thüringer Landtag:

www.die-linke-thl.de

Wiederaufbauhilfe

Mit einer Plenaranfrage zur Wiederaufbauhilfe nach dem Hochwasser 2013 hatte sich MdL Tilo Kummer an die Landesregierung gewandt. Nach Auskunft des Bauministeriums habe man sich darauf verständigt, „dass bei Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft und Angehörigen freier Berufe Eigenleistungen dann anerkannt werden, wenn sie aktivierungsfähig sind und von den Unternehmen in der Bilanz als Herstellungskosten aktiviert wurden. Dies muss durch den Steuerberater bzw. Wirtschaftsprüfer dem Fördermittelgeber bestätigt werden“. Die LINKE hatte bereits im November einen Antrag ins Plenum eingebracht, der auf die Anpassung der entsprechenden Richtlinien abzielte. ■

Windschutz

Verkehrsminister Christian Carius hat auf Anfrage von MdL Frank Kuschel zur Autobahnumleitung A 71 mitgeteilt, dass das Bundesverkehrsministerium im April 2008 die Nachrüstung der Talbrücke Zahme Gera mit dem Verweis auf zu geringe Unfallzahlen abgelehnt hat. „Die A 71 hat Hunderte Millionen Euro gekostet, aber an einer sinnvollen Schutzmaßnahme wird gespart. Die Errichtung der Windschutzanlage ist überfällig und muss jetzt endlich umgesetzt werden“, forderte der LINKE Landtagsabgeordnete aus dem Ilmkreis mit Verweis darauf, dass bei starkem Wind der Schwerlastverkehr über die Ortslagen Geraberg, Martinroda und Elgersburg umgeleitet werden muss. ■

Inklusion

Im Beirat Inklusive Bildung wurde über die Kritik des Thüringischen Landkreistages zum Thüringer Entwicklungsplan Inklusion diskutiert. MdL Karola Stange verwies auf den Offenen Brief der LINKE-Fraktion und musste „erleben, dass sich ausgerechnet Bildungsminister Matschie gegen ein nochmaliges öffentliches Signal pro Inklusion wehrte. Gerade angesichts der aktuellen Debatten wäre ein klares Zeichen wichtig gewesen. Der Inklusionspolitiker der Linksfraktion, Maik Nothnagel, fragt, welche Bedeutung der Thüringer Maßnahmenplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention für die Landesregierung noch hat und warnt, dass die Chancen Behinderteter konterkariert werden. ■

KURZ UND PRÄGNANT

Hochschulentwicklung gehört ins Parlament

Es sei empörend, dass zwar Details aus dem Hochschulentwicklungsplan aus den Medien zu entnehmen sind, das Konzept dem Landesparlament aber immer noch nicht zur Verfügung gestellt wurde, sagte MdL Dr. Karin Kaschuba. Der Hochschulentwicklungsplan schmore weiter im Landeskabinett. Die LINKE-Abgeordnete kritisierte, es gebe schließlich einen Beschluss des Landtags zur Vorlage des Plans im September 2013. Wenn sich jetzt ein SPD-Landtagsabgeordneter darüber beklage, dass sich Christoph Matschie mit seiner Forderung für eine bessere Finanzausstattung für die Hochschulen gegenüber dem Finanzminister nicht durchsetzen könne, sei dies mehr als absurd. „Es wäre sinnvoll gewesen, schon vor Monaten die Kompetenz des Parlaments einzubeziehen und damit auch ein höheres Druckmittel gegenüber dem Finanzminister zu haben.“ Aber offenkundig bleibe Matschie bei seiner Linie, nicht mit dem Parlament zusammenarbeiten zu wollen. „Diese Ignoranz ist nicht mehr zu übertreffen!“, so die Wissenschaftspolitikerin. ■

Macht und Ohnmacht

Demokratie-Tagung 2014 im Landtag: Demokratische Beteiligung ohne soziale Hürden

„Stell Dir vor, es ist Wahl und alle gehen hin – Soziale Inklusion bei Wahlen und Abstimmungen“, so lautet nun der Titel der Demokratie-Tagung 2014, die am Dienstag, den 4. März, 14 bis 19.30 Uhr im Landtag stattfindet.

Wie schon in den vergangenen Jahren wird die Tagung wieder als gemeinsame Veranstaltung der Landtagsfraktionen von DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie dem Bündnis „Mehr Demokratie in Thüringen“ stattfinden. In den vergangenen Jahren hatten die Tagungen konkrete inhaltliche Verbesserungen der Beteiligungsverfahren, z.B. bei Abstimmung über Finanzfragen oder zur Bürgerbeteiligung bei Planungsverfahren, zum Thema.

Über sinkende Beteiligungsquoten an Wahlen und wie dieser Trend umzukehren wäre sowie darum, wie bei direkter Demokratie die Beteiligung möglichst aller Teile der Bevölkerung sichergestellt werden kann (Stichwort: Beteiligung so genannter „bildungsferner Schichten“), damit es eine wirklich breite, direkte Beteiligung ist, wird verstärkt diskutiert.

Die Demokratie-Tagung 2014 setzt an dieser Diskussion an und nimmt Fragen der Beseitigung von immer noch bestehenden Beteiligungshürden

und des Ausbaus von demokratischem Engagement in den Blick. Dabei wird auch der Bezug zur aktuellen Situation in Thüringen hergestellt.

Den Eröffnungsbeitrag – überschrieben mit dem Titel „Wählen zwischen Macht und Ohnmacht“ hält Prof. Dr. Herta Däubler-Gmelin, frühere Bundesjustizministerin und derzeit Mitglied im Kuratorium von „Mehr Demokratie e.V.“.

Unter dem Titel „Wer beteiligt sich (nicht)?“ werden Forschungsergebnisse vorgestellt. Sebastian Bödeker, der einen Aufsatz mit dem Titel „Soziale Ungleichheit und politische

Partizipation in Deutschland“ veröffentlicht hat, wird einen Themenüberblick geben.

Prof. Heinrich Best von der Friedrich Schiller Universität Jena nimmt sich die „Thüringen-Monitore“ vor, die auf Thüringen bezogenen jährlichen Situationsanalysen zu Demokratie- und Beteiligungsfragen. Mit den Ergebnissen der Beteiligungsforschung aus der Schweiz (Prof. Serdült) kommt auch

die Situation in einem anderen, sehr direkt-demokratisch geprägten Land zur Sprache.

Michael Efler, der an der Verbesserung der Regelungen zur direkten Demokratie in Hamburg mitgearbeitet hat, nimmt den Hamburger Volksentscheid zur Schulreform in den Blick und die Frage, inwiefern er ein Beleg für das Problem sozialer Beteiligungshürden bei direkter Demokratie ist.

Es schließt sich eine Podiumsdiskussion mit Fraktionsvertretern zum Thema „Brauchen wir eine Wahlpflicht?“ an, an der für die LINKE Fraktionsvorsitzender Bodo Ramelow teilnehmen wird. Danach werden sieben „Beteiligungsthemen“ („Thüringenbezug“ eingeschlossen) zur Diskussion gestellt: Wahlrecht für Ausländer, Wahlalter absenken, Barrierefreies Wählen (Referent: LINKE-Inklusionspolitiker Maik Nothnagel), Reform des Landeswahlrechts, verständliche Sprache bei Wahlen und Abstimmungen, Information durch Abstimmungsbroschüren sowie der Punkt „aufsuchende“ Beteiligungsformen ausbauen (Referentin: Katja Wolf, Oberbürgermeisterin von Eisenach).

Es ist auch wieder genügend Zeit eingeplant für Fragen und Diskussionsbeiträge von Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus dem Publikum.

Sandra Steck



Stell Dir vor, es ist Wahl und alle gehen hin!
Soziale Inklusion bei Wahlen und Abstimmungen
Dienstag, 4. März 2014
14.00 bis 19.30 Uhr
Landtag, Thüringen



Für eine tierschutzgerechte, nachhaltige Lösung

Die Problematik der Straßenhunde in einigen europäischen Ländern beschäftigt auch eine ganze Reihe von Thüringerinnen und Thüringern, die sich im Tierschutz engagieren und die Linksfraktion um öffentliche Mithilfe baten.

Denn soviel steht für sie fest, die Mitnahme von Straßenhunden nach Thüringen ist nicht der richtige Weg und auch nicht, dass mit nicht unerheblichen EU-Geldern in Rumänien Straßenhunde gefangen und brutal getötet werden. Bei einem Pressegespräch am 30. Januar mit Gerd Fischer, Vorsitzender des Landestierschutzverbandes Thüringen e. V., und Vertretern von Tierheimen und Bürgerinitiativen sowie den Abgeordneten der LINKEN Tilo Kummer und Frank Kuschel wurde gefordert, dass die Landesregierung auf die EU-Kommission Einfluss nimmt, damit die Vergabe der Gelder überprüft und neu geregelt wird.

Beispielhafte Projekte, wie in der Ukraine und in Rumänien, stehen für eine tierschutzgerechte und nachhaltige Lösung des Straßenhundeproblems vor Ort insbesondere durch Kastrationsprogramme, tiermedizinische Behandlung und eine Öffentlichkeitsarbeit, die die Menschen sensibilisiert. Zur Unterstützung der Arbeit des Vereins „Die Tierhilfe Hoffnung e.V.“ im rumänischen Smeura bei Bukarest übergaben die LINKE-Abgeordneten an Matthias Schmidt einen Scheck der Alternative 54 e.V.. Ralf Trautmann berichtete über die Arbeit des Erfurter Vereins „Suceava Memory of Tina e.V.“. Mit hohem ehrenamtlichen Engagement unterstützen sie den Rumänischen Tierschutzbund „Pro Anima“ bei der Entwicklung des Tierheims in Suceava. ■

Lieberknechts Schwäche

Da fährt ein Jäger aus Thüringen ins afrikanische Botswana, schießt dort einen Elefanten, lässt sich mit dem toten Tier nebst einheimischen Hilfskräften fotografieren und prahlt mit den Fotos im internen Computernetz seiner Arbeitsstelle. So weit, so schlecht. Doch bei dem Trophäenjäger handelte es sich um den Leiter der Zentralabteilung eines Thüringer Ministeriums. Nicht irgendeines Ministeriums – sondern des Thüringer Ministeriums für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz, zuständig natürlich auch für den Tier- und Artenschutz. Ein Skandal, auch deshalb, weil der Prahlhans dem Elefanten-Jagdverbot für Touristen in Botswana knapp zuvorkam.

Während Oppositionspolitiker wie der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, Bodo Ramelow, strenge Konsequenzen forderten – der restlos diskreditiert Zentralabteilungsleiter sei aus dem Ministerium zu entfernen, habe er doch jegliche Balance für dieses Amt verloren –, schaltete er während einer Pressekonferenz des Umweltministeriums am 31. Januar. Basta. Konsequenzen hatte er offenbar nicht zu befürchten. Denn die Stärke von Reinholz ist in der Schwäche von Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht (CDU) begründet. Er gehört einer konservativen Seilschaft aus den

Tagen des ehemaligen Ministerpräsidenten Dieter Althaus an. Lieberknecht hat den größten Teil davon politisch kaltgestellt – bei allen war das nicht möglich, um die innerparteilichen Konflikte in der CDU nicht noch weiter eskalieren zu lassen. Das nutzt Reinholz, ebenso wie die Unterstützung aus der CDU-Landtagsfraktion, in der zunehmend gegen Lieberknecht agiert wird. Den Hinweis von Reinholz, er könne sich durchaus noch eine weitere Amtszeit als Minister vorstellen, dürfte Lieberknecht verstanden haben – als Drohung. Angesichts dieser Machtkonstellation erscheint auch die weithin kritisierte Berufung von Jürgen Gnauck (CDU) zum Staatskanzleiminister in einem anderen Licht. Er war seinerzeit von Althaus entlassen worden. Der Feind deines Feindes ist dein Freund – Lieberknecht dürfte der alten Regel gefolgt sein, als sie Gnauck reaktivierte, anstatt einen unsicheren Kantonisten aus der CDU-Fraktion in die Staatskanzlei zu holen. Viele politische Freunde scheint sie nicht mehr zu haben, in der CDU ist die Personaldecke ohnehin dünn geworden. Und so zeigt sich, dass auch die Stärke von Gnauck letztlich auf der Schwäche von Lieberknecht beruht.

Stefan Wogawa

Nach Redaktionsschluss: der Zentralabteilungsleiter wurde wegen des öffentlichen Drucks inzwischen von seiner Aufgabe entbunden. ■

DAS THEMA

Thüringer Netzwerk Frauengesundheit

Fachtag „Hat Gesundheit ein Geschlecht?“ mit großer Resonanz und brisanten Themen

Frauen sind anders als Männer. Das ist keine Neuigkeit. Aber Frauen werden auch anders krank als Männer. Und das wird im Gesundheitswesen noch viel zu wenig berücksichtigt. Deswegen hat die Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag zusammen mit dem Heilpraktikerinnen-Verband Lachesis und der Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen am 28. Januar einen Fachtag zum Thema Frauengesundheit durchgeführt. Mit den Vorträgen von Dr. Ute Sonntag vom Nationalen Netzwerk Frauengesundheit und Guido Dressel von der Techniker Krankenkasse sowie einer Diskussion, bei der auch Ilona-Helena Eisner vom Landesfrauenrat und Dr. Eva-Maria Hähnel von der Agethur (Landesvereinigung für Gesundheitsförderung Thüringen e.V.) beteiligt waren, konnte das Thema gut umrissen und Problemfelder erfasst werden.

Besonders im Vortrag von Dr. Sonntag wurde deutlich, dass Frauenkörper nicht nur anders aussehen als Männerkörper, sondern dass sie – jenseits der offensichtlichen Unterschiede – auch organisch anders funktionieren.

So schlagen beispielsweise Frauenherzen anders als Männerherzen. Während diese bei Herzinfarkt häufig Schmerzen in der linken Brusthälfte haben, die bis in die Arme ausstrahlen, sind Frauen eher von Übelkeit und Rückenschmerzen geplagt. Sie landen dann eher beim Orthopäden als bei der Herzspezialistin. Das Problem: nach wie vor ist in der Medizin der Mann noch Maß aller Dinge – also auch der Männerkörper Maß aller Untersuchungen, Diagnosen und Medikamentengaben – weshalb schon zahlreiche Frauen an Herzinfarkten gestorben sind, obwohl sie bei richtiger Diagnose hätten gerettet werden können.

Frauen erkranken aber auch durch ihre psychische Disposition und ihre Lebensumstände häufig anders als

Männer. Die altbekannte Doppelbelastung durch Familie und Beruf ist hier ebenso ausschlaggebend wie die Tatsache, dass zahlreiche Frauen in Armut leben oder gerade so über die Runden kommen. Wer alleinerziehend oder im Niedriglohnbereich beschäftigt ist, ist größeren Gesundheitsbelastungen ausgesetzt als jene, die sich

Der Fraktionsvorsitzende Bodo Ramelow eröffnete den Fachtag. Er hob die Bedeutung des Themas hervor und Karola Stange, gleichstellungspolitische Sprecherin der Fraktion, verwies auf den vorgelegten Forderungskatalog an die Landespolitik, der zum Ende des Tages verabschiedet wurde.



allein um ihren Beruf kümmern müssen und dafür genügend Geld bekommen. Medizin, Pharmazie, Forschung und Krankenkassen müssen verstärkt die geschlechtsspezifischen Besonderheiten in den Blick nehmen und Krankheiten sowie Gesundungsprozessen von Frauen mehr Aufmerksamkeit widmen, weil sie bisher noch viel zu wenig Beachtung finden und damit oft falsch behandelt werden.

Zu wenig Beachtung finden auch konkrete Belange von Frauen – wie z.B. der Bedarf nach mehr Traumatherapeutinnen, die gerade bei den langfristigen Folgen häuslicher Gewalt benötigt werden. Während Knochenbrüche, blaue Flecke und Schürfwunden in wenigen Tagen oder Wochen heilen können,

belasten psychische Folgen oft noch Monate und Jahre später die Frauen. Diesem Schwerpunkt widmete sich eine AG unter Leitung von Uta Reber und Sabine Stelzl vom Frauenzentrum Brennessel.

Ein weiterer Schwerpunkt lag auf den gesellschaftlichen Implikationen von Essstörungen bei Mädchen und

on, die bislang nur in wenigen Ländern eine Chance hatte. Aber beispielsweise dürfen in Israel und Spanien nur Frauen als Modell arbeiten, wenn sie nicht zu dünn sind.

Einen besonderen Blick auf frauenspezifische Krebserkrankungen und den Umgang mit dem Risiko, möglicherweise Krebs zu bekommen, warf Sigrid Schellhaas vom Frauengesundheitszentrum Wiesbaden. Begleitet von Kathrin Schröder, Heilpraktikerin aus Erfurt und Mitglied bei Lachesis, stellte sie die gängigen Untersuchungs- und Impfmethode in Frage.

So werden z.B. derzeit die meisten pubertierenden Mädchen gegen Gebärmutterhalskrebs geimpft, obwohl die Impfung nur gegen zwei von 18 Viren hilft und noch nicht nachgewiesen ist, ob diese beiden unterdrückten dann von anderen Viren ersetzt werden. Das – ohnehin sehr geringe – Krebsrisiko könnte sich dann überhaupt nicht minimiert haben. Viel wirkungsvoller sei Hygiene vor dem Geschlechtsverkehr – vor allem auch beim Jungen oder Mann, was dann aber nicht vermittelt werde.

Obwohl die Themen eher angerissen als ausdiskutiert werden konnten, brachte die Tagung zahlreiche neue Erkenntnisse. In den kommenden Jahren wird es zu einzelnen Themen sicher noch weitere Fachveranstaltungen geben.

Im nächsten Schritt werden wir jedoch zur Gründung eines Frauengesundheitsnetzes einladen, das sich vermutlich unter dem Dach des Landesfrauenrates zusammenfinden wird. Wer sich für das Netzwerk interessiert, kann sich bei mir melden: ohler@die-linke-thl.de. Tel.: 0361 – 377 2308.

Gabi Ohler



Lachyoga in der Mittagspause auf der Frauengesundheitstagung am 28. Januar im Erfurter Landtag, denn „Lachen regt zum Umdenken an und öffnet den Blick für Neues“ – und es ist vor allem „Gesundheit, die Spaß macht“.

Zahlreiche Frauen (und auch einzelne Männer) waren der Einladung der Linksfraktion in Zusammenarbeit mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung, der Brennessel (Zentrum gegen Gewalt an Frauen) sowie Lachesis e.V. – Bundesverband für Heilpraktikerinnen gefolgt, um auf der Veranstaltung der Frage nachzugehen, ob Gesundheit ein Geschlecht hat. „Aber klar“, so wurde immer wieder betont durch die Referate, in den Diskussionen und den Workshops am Nachmittag, wo es um die

langfristigen Folgen häuslicher Gewalt, die Problematik Körperkult und Essstörungen sowie frauenspezifische Krebserkrankungen ging. Denn Frauen werden oft anders krank als Männer, geschlechtsspezifische Besonderheiten müssen stärker in den Blick genommen werden, Prävention, Erkrankung und Behandlung von Frauen bedürfen größerer Aufmerksamkeit. Auf der Tagung wurde schließlich ein Katalog mit gesellschaftlichen und politischen Forderungen verabschiedet, zu denen u.a. die Erstellung eines Frauengesundheitsberichts für Thüringen gehört. Als Fazit des Tages kann auch gelten, dass ein Thüringer Netzwerk Frauengesundheit gegründet werden soll.

Fotos: Annette Rudolph



Schlechte Weichenstellung

Nachdem Wettbewerber gegen beschränkte Zugänge zum Fahrkarten-Vertriebssystem der Deutschen Bahn geklagt haben und das Bundeskartellamt ermittelt, „ist nun endlich eine politische Weichenstellung für mehr Kundenfreundlichkeit bei der Bahn notwendig“, so die LINKE Verkehrspolitikerin Dr. Gudrun Lukin.

Alle Bahnunternehmen seien Dienstleister mit dem Ziel einer pünktlichen Beförderung der Reisenden und der Gewinnung neuer Kunden durch ein gutes Verkehrs- und Serviceangebot. Dazu gehören auch der Erwerb von Fahrscheinen, ob in Zug, Bahnhof oder Internet. „Hier sollten Politik und Bahnunternehmen trotz aller Wettbewerbsbestrebungen die Weichen auf Kundenfreundlichkeit stellen.“

Da seien der Fünf-Euro-Aufschlag beim Erwerb einer Fernfahrkarte am DB-Schalter oder auch die nicht geltende Bahncard 50 im Verkehrsverbund Mittelthüringen und anderen Verbün-

den kontraproduktiv. „Ebenso negativ ist es für Bahnreisende, dass man keine Fahrkarte für den Connex bei der DB im Internet oder am Bahnhof Jena-West bis Frantiskovy Lazne kaufen kann, obwohl dorthin die Vogtlandbahn fährt. Auch Fahrscheine für andere Verkehrsverbünde kann man oft nicht vorab buchen“, erläuterte Gudrun Lukin. „Hier sollte nicht nur das Kartellamt tätig werden, sondern es müssen endlich gemeinsam Lösungen gefunden werden - entweder ein bundesweiter Verkehrsverbund oder ein einheitliches Vertriebssystem oder vielleicht sogar ein Prepaidkartensystem für Reisende. Andere Länder machen es vor“, betonte die Abgeordnete.

Ziel der Bahnreform nicht erreicht

Mit Blick auf den von der Deutschen Bahn AG gefeierten 20. Jahrestag der Bahnreform sagte die Verkehrspolitikerin: „Im Jubel ging unter, dass seit Jahren Experten, Verbände und Politiker die Entwicklung der Bahnförderung kri-

tisieren, aber auch die Nichteinlösung der im Grundgesetz formulierten Aufgabe der Deutschen Bahn, sich für Gemeinwohl und die Mobilität der Bürger dieses Landes einzusetzen.“

Es muss deutlicher hinterfragt werden, was die Rechtsformänderung der Deutschen Bahn gebracht hat und mit welchen Auswirkungen für das Schienennetz in Deutschland, aber auch in Thüringen.

„Das entscheidende Ziel der Bahnreform wurde jedenfalls nicht erreicht: Weder Bundes- noch Landesregierung haben sich für die vorrangige Förderung des Schienenverkehrs in ihrem Verantwortungsbereich stark gemacht. Im Gegenteil, selbst die Diskussion über die Reformergebnisse wurde im Landtag abgelehnt. Auch in Thüringen wurden Strecken ausgedünnt und stillgelegt, Haltepunkte abbestellt und wird der Kampf der Anrainerstädte an der Saalebahn um ein vertaktetes Fernverkehrsangebot von der Landesregierung nur unzureichend unterstützt.“

DAS LETZTE ...

von **Stefan Wogawa**

Medienwahnsinn

Während man darauf wartet, wann die Bild-„Zeitung“ endlich den CDU-Günstling Vitali Klitschko zum Präsidenten der Ukraine ernannt, legen andere Medien nach. Dumm oder perfide? Josef Joffe, Herausgeber der Wochenzeitung Die Zeit, setzt in einem Kommentar die Anti-Lanz-Petition mit der Judenhetze der Nazis gleich.

„Ich muss wohl sehen, dass es bei uns – neben aufrichtigen Pazifisten – jene gibt, die Deutschlands historische Schuld benutzen, um dahinter Weltabgewandtheit oder Bequemlichkeit zu verstecken.“ Der Satz stammt von Joachim Gauck. Was hat man vor seiner Wahl zum Bundespräsidenten nicht alles befürchtet – und Gauck hat jeden Vorbehalt bestätigt. Mit der Militärpropaganda ist er nun sichtbar als Präsident wie als Christ gescheitert („Bürgerrechtler“ war er ohnehin stets nur „ehemalig“). Wenig überraschend: „Deutsche Soldaten nach Afrika“ – in vorauseilendem Gehorsam machte Joffes Zeit gleich auf Frontberichterstattung.

Direkt in die Zeit eines Diederich Heßling fühlt man sich beim Magazin Focus versetzt. Mitarbeiter Josef Huffelschulte verantwortet einen Text mit dem Titel „Späh-Angriff im Parlament?“ und führt sich auf, als sei der Focus nachgeordnete Behörde der Bundesregierung. Die nur notdürftig als „Artikel“ getarnte Denunziation wirft der Linksfraktion vor, „Insider-Wissen“ zu verraten.

Gemeint sind Antworten auf parlamentarische Anfragen, die jeder Mann auf der Homepage des Bundestages nachlesen kann. So unglaublich es klingt: Schnüffelschulze und Focus machen sich zum Handlanger von Ministerien und Sicherheitsbehörden. Oder, wie das Portal Heise.de schreibt: ein Redakteur, der sich „vor den Wagen spannen lässt, das parlamentarische Recht auf Kleine Anfragen seitens der Opposition zu diskreditieren“.

Alternative Solidarität geht weiter

Wie die zuständige Mitarbeiterin der Linksfraktion Maria Funke bilanziert hatte, wurden im vergangenen Jahr insgesamt 192 Zuwendungen durch Mitglieder der Alternative 54 Erfurt



diesen seit vielen Jahren sehr aktiven Frauenchor geholfen werden. „Ich freue mich, zum wiederholten Mal diesem Verein eine Unterstützung für seine Arbeit überreichen zu können. Das Engagement der vielen ehrenamtlichen Vereine ist gerade in einem so großen Wohngebiet wie Gera-Lusan unverzichtbar. Das Leben im Stadtgebiet wird durch diese Arbeit in seiner Vielfalt und Attraktivität gestärkt.“

Die Weimarer Landtagsabgeordnete Heidrun Sedlaczik hatte am Rande der Januar-Plenarsitzung einen Scheck der Alternative 54 an den Verein „Spielen und Arbeiten e.V.“ übergeben und dazu berich-

te: „Da macht sich ein Verein in Weimar/Ehringsdorf auf den Weg, einen kleinen Kindergarten auf der Grundlage der Waldorfpädagogik zu gründen. Sie planen und bauen mit Unterstützung eines Investors die erforderlichen Räumlichkeiten. Alles soll zum Konzept

e.V., also der Landtagsabgeordneten der Linksfraktion, an gemeinnützige Vereine, Projekte und Initiativen übergeben.

Damit beträgt die im Jahr 2013 ausgereichte Spendensumme exakt 72.314 Euro. Insgesamt wurden seit Bestehen des Vereins im Jahr 1995 bis Ende des vergangenen Jahres 910.050 Euro für sinnvolle und den sozialen Zusammenhalt stärkende Thüringer Projekte weitergegeben.

Die Alternative 54 e.V. ist ein Zusammenschluss der Landtagsabgeordneten der LINKEN, die aus Protest gegen die automatische Diätenerhöhung nach Artikel 54 der Thüringer Verfassung einen Teil ihrer Diäten als Mitgliedsbeiträge in den Verein zahlen, damit dieser sie an soziale, kulturelle sowie Jugendprojekte weitergibt.

Und die Solidarität geht weiter: So hatte am 20. Januar der Geraer Landtagsabgeordnete Dieter Hausold eine Spende der Alternative 54 e.V. dem Chor Lusan e.V. überreicht. Wie uns sein Wahlkreismitarbeiter, Andreas Schubert, informierte, soll mit dieser finanziellen Zuwendung u.a. bei der Anschaffung neuer Chor-Kleidung für



passen, so werden ausschließlich naturbelassene Baumaterialien wie Holz, Lehm und Naturstein verwendet. Dieser Ansatz soll auch in der Ausgestaltung des Kindergartens fortgeführt werden. Dafür braucht der Verein finanzielle Hilfe und stellte einen Antrag an die Alternative 54 e.V. Hier wurde entschieden, die Garderobe für die Einrichtung zu finanzieren.“



Bodo Ramelow hat das Tierheim des Erfurter Tierheimvereins im Andreasviertel besucht und die Arbeit mit einer Spende unterstützt. Der Fraktionsvorsitzende hat schon mehrfach Patenschaften für Tiere des Erfurter Zooparks übernommen. Anstoß diesmal war eine Äußerung der SPD-Spitzenkandidatin Heike Taubert über den „rundlichen Stubenkater“ Bodo Ramelow. „Nach den ganzen Scherzen über Stubenkater wollte ich einmal ernsthaft wissen, wie es den Erfurter Katzen geht, die kein Zuhause haben. Hier wird nicht nur Tieren eine Unterkunft geboten, sondern das ganze Haus ist ein soziales Projekt.“ Mehr als 300 Menschen sind ehrenamtlich tätig, auch das Ableisten von Sozialstunden wird ermöglicht.

IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint auf den Seiten 5 bis 10 in UNSERE NEUE ZEITUNG.

Herausgeber:

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

Redaktion:

Annette Rudolph (V.i.S.d.P.), Stefan Wogawa
Telefon: 0361 - 377 2293; Fax: 0361 - 377 2321
E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de
Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.